

128. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)

Inwiefern sieht die Bundesregierung einen Handlungsbedarf zur Änderung des Abstammungsrechts damit das Kindeswohl gesichert ist, wenn Kinder in Partnerschaften geboren werden, in denen eine Partnerin bzw. ein Partner transgeschlechtlich ist oder eine „Variante der Geschlechtsidentität“ – wie im Fall einer transgeschlechtlichen Frau aus Berlin (www.nd-aktuell.de/artikel/1171072.diskriminierung-gegen-trans-eltern-lia-darf-nicht-mama-sein.html) aufweist, und wie wird sie das Abstammungsrecht ändern (bitte so genau wie möglich ausführen und dabei auch auf den Zeitpunkt der geplanten Änderung eingehen)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Benjamin Strasser
vom 9. März 2023**

Die Modernisierung des Familienrechts wurde in dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbart. Dies umfasst auch einige Änderungen des Abstammungsrechts. So wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass, wenn ein Kind in die Ehe zweier Frauen geboren wird, automatisch beide rechtliche Mütter des Kindes sind, sofern nichts anderes vereinbart ist. Damit wird die grundsätzliche Möglichkeit geschaffen, dass auch eine Frau als zweite Mutter die zweite Elternstelle besetzt. Zudem soll auch außerhalb der Ehe die Elternschaftsanerkennung unabhängig vom Geschlecht der anerkennenden Person oder von einem Scheidungsverfahren möglich sein. Die Einführung einer geschlechtsunabhängigen Möglichkeit zur Elternschaftsanerkennung würde folglich auch Personen umfassen die „transgeschlechtlich“ sind oder eine „Variante der Geschlechtsidentität“ aufweisen. Aufgrund der noch laufenden Arbeiten und Abstimmungen sind nähere Angaben zu möglichen weiteren Änderungen des Abstammungsrechts im Zuge einer Reform des Abstammungsrechts sowie zum Zeitpunkt der geplanten Änderungen derzeit nicht möglich. Die Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung der Vorgaben des Koalitionsvertrages.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

129. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)

Plant die Bundesregierung, bei der Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zur Erfassung der Arbeitszeit von Arbeitnehmern ins nationale Recht auch Grauzonen wie Toiletten- und Raucherpausen zu berücksichtigen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme
vom 9. März 2023**

Das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) dient der Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, indem es unter anderem Höchst-arbeits- sowie Mindestruhe- und Mindestpausenzeiten vorsieht. Bei einer Arbeitszeit von bis zu sechs Stunden muss keine Ruhepause gewährt werden. Bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs und bis zu neun Stunden muss eine Ruhepause von mindestens 30 Minuten die Arbeitszeit unterbrechen. Bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden muss eine Ruhepause von mindestens 45 Minuten eingeräumt werden. Einzelne Ruhepausen müssen hierbei eine Mindestdauer von 15 Minuten haben (§ 4 Satz 2 ArbZG).

Das Arbeitszeitgesetz verzichtet darauf, weitergehende gesetzliche Vorgaben für die Arbeitszeitgestaltung zu machen, als dies für die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erforderlich ist. Es überlässt den Tarifvertragsparteien und den Betriebspartnern die Vereinbarung der konkreten Arbeitszeiten. Dies gilt auch für Arbeitsunterbrechungen unter 15 Minuten.

- | | |
|---|--|
| 130. Abgeordneter
Alexander Hoffmann
(CDU/CSU) | Welcher Anteil ausländischer Personen, die in den Jahren 2015 bzw. 2016 einen Asylerstantrag in Deutschland gestellt haben, bezieht nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell Leistungen nach dem Zweiten bzw. Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II bzw. SGB XII; bitte nach den zehn häufigsten Herkunftsstaaten bzw. Staatsangehörigkeiten aufschlüsseln)? |
| 131. Abgeordneter
Alexander Hoffmann
(CDU/CSU) | Welcher Anteil ausländischer Personen, die in den Jahren 2020 bis 2022 einen Asylerstantrag in Deutschland gestellt haben, bezieht nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell Leistungen nach dem SGB II bzw. dem SGB XII (bitte nach den zehn häufigsten Herkunftsstaaten bzw. Staatsangehörigkeiten aufschlüsseln)? |

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme
vom 6. März 2023**

Die Fragen 130 und 131 werden zusammen beantwortet.

Der Bundesregierung liegen diesbezüglich keine Erkenntnisse vor. Zu Personen, die Leistungen der Grundsicherung nach dem Zweiten bzw. Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II bzw. SGB XII) beziehen, liegen keine statistischen Informationen über den Zeitpunkt einer Asylantragstellung in den Leistungsstatistiken vor.

Zu Personen aus Asylherkunftsländern, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II beziehen, wird auf den „Migrationsmonitor“ der Statistik der Bundesagentur für Arbeit verwiesen. Die Veröffentlichung kann unter folgendem Link abgerufen werden: <http://bpaq.de/bmas-a52>. Ergebnisse nach staatssystematischer Differenzierung können der Tabelle 1.1 entnommen werden.